

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortl. Redaktions-Bureau
Herausgeber: Emil Arnold
Nr. 10, Postfach Nr. 20011
Schriftleitung: Emil Arnold
Dresden - L. 1, Hauptstraße 29/31

Abend-Ausgabe bei täglich zweifacher Publikation monatlich 1,20 RM. (einschließlich 70 Pf. für Krüge-
lohn), bei Wochen-Ausgabe 1,20 RM. (einschließlich 60 Pf. Krüge-lohn) (ohne Postgebühren) bei
7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pf. Anzeigenpreise: Die einseitige 30 mm breite
Zeile 20 Pf., für achtstündig 40 Pf., für 90 mm breite Zeile 300 Pf., außerhalb 500 Pf.,
zweiwöchentlich 11. Tarif. Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Pf., außer-
halb 15 Pf., Offertengelder 30 Pf. Nachträgliche Aufträge gegen Vorabzahlung.

Druck u. Verlag: Kersch & Kersch,
Dresden, Postfach-Nr. 1046 Dresden
Hochdruck mit bew. Castellan-
(Dresden, Nachr.)-Zylinder, Kautschuk-
Druckzylinder werden nicht aufbewahrt

Dr. Buresch bei der Regierungsbildung

Besorgnis um Oesterreich

Der Rücktritt der österreichischen Bundesregierung Buresch/Dr. Schöber war bereits seit Tagen zu erwarten. Er ist letzten Endes erfolgt, weil das österreichische Zentrum, die Christlichsozialen, aus „wirtschaftspolitischen“ Gründen die Befragung des Außenministeriums durch den Großdeutschen Dr. Schöber für untragbar hielten. An seine Stelle soll womöglich der Prälat D. Seipel treten, der sich in letzter Zeit immer unerbittlicher als der hauptsächlichste Vertreter der unter Frankreichs Protektorat stehenden Pläne einer Donau-Union und der Wiedereingliederung der Südburgarten in einen an Frankreich, Italien, Tschechoslowakei und Jugoslawien, angegliederten neuen Oesterreich-Ungarn erwiesen hat. Bekanntlich wurden diese unerhörten Pläne durch die katastrophale wirtschaftliche Lage Oesterreichs. Die Industriegebiete sind vielfach buchstäblich am Verhungern. Namentlich in den fernen Alpengebirgen herrscht durch den Preissturz auch in der Landwirtschaft seit Monaten eine gefährliche Verarmungsstimmung. Wieder einmal zeigt sich, daß Rumäniens ein lebensunfähiges Gebilde ist. Heilen könnte nur der Anschluss an Deutschland, den jedoch das Versailler Diktat verboten hat. Ein Ausweg wäre die Union mit Österreich, die bekanntlich von Frankreich, das seine eigenen Pläne der Aufhebung seiner Machtpolitik im Südosten durch die Donau-Union als verfehlt, dank unzweifelhafter Oesterreichs Schwäche maßlos vernichtet wurde. Der Völkerverbund erließ sich damals wieder einmal als das willkürliche Instrument der französischen Machtpolitik. Oesterreich blieb weiter auf sich angewiesen und lief den Völkerverbund um Hilfe an. Genf machte zur Bedingung, daß der österreichische Haushalt durch radikale Sparmaßnahmen ins Gleichgewicht gebracht werden müsse. Diese Bedingungen wurden durch die härtesten Einriffe in alle öffentlichen Institutionen und durch drückende neue Steuern erfüllt. Einsteigende Verleumdungen wurden überdies zur Sicherung des Schlingens erlassen. Als aber der Bundeskanzler und der Finanzminister nach Genf mit der Erklärung gingen, daß alle Forderungen prompt erfüllt seien, zeigte der Völkerverbund erst sein wahres Gesicht. Genf erklärte, es könne immer noch nicht helfen und ließ durchblicken, daß ausgerechnet Dr. Schöber, der Außenminister der Union, erst getötet werden müsse. Wieder einmal hatte der Völkerverbund bewiesen, daß er nichts weiter als ein in tödliche Phrasen verpacktes Instrument der französischen Machtpolitik ist. Man will Oesterreich zwingen, sich endgültig von Deutschland abzuwenden und sich in das französische Vasallenreich einzugliedern. Das ist der Sinn der von Frankreich betriebenen Donau-Union und für diesen Zweck würde dem republikanischen Frankreich auch ein von seiner Gnade abhängiger Südburgart als sicherer Stützpunkt einer dauernden Abkehr Oesterreichs von Deutschland erwünscht sein. Allein diese außenpolitischen Pläne erklären den Sturz der österreichischen Regierung und den von den Christlichsozialen unterstützten Druck Frankreichs, den großdeutschen Außenminister Dr. Schöber endlich zu beurlauben.

Es ist auffällig, daß schon vor längerer Zeit ein eifriges Werben für die Wiederkehr Dr. Seipels einsetzte. Seipel gilt als unbedingter Legitimist. Er ist Anhänger der Donau-Union, und für ihn kommt ein anderes Deutschland höchstens auf der Linie von Wien bis Wien in Frage. Sein Ideal ist das mittelalterliche Deutsche Reich. Kein Wunder, daß ein Politiker, dessen letzte Pläne die Zerstückelung Deutschlands zur Folge haben müßten, sich des Wohlwollens Frankreichs erfreut. Schon seit längerer Zeit berietet Seipel durch eine geschickte Presselampagne seine Wiederkehr vor. Als seiner diplomatischen Kopf, der er ohne Zweifel ist, führt er seine Stunde nach. Es ist ihm gelungen, nicht nur die Mehrzahl seiner Parteifreunde zu gewinnen, die Seipel als den „harthen Geist und lauten Charakter“ preisen, sondern vor allem die unter dem Namen Starbembere immer bedenklichere Wege gehenden Heimwehren. Erst jüngst hat sich Starbembere in einem Interview gegenüber französischen Pressevertretern zu recht bedenklichen Äußerungen hinreißen lassen. Die Befürchtungen der deutschgesinnten Oesterreicher gehen dahin, daß Seipel mit Hilfe der Christlichsozialen zur Errichtung einer Diktatur benützen will, die wahrscheinlich geschickt durch die abermalige Übernahme des Kanalarms durch Buresch verhängt werden soll, um den Weg für äußerlich geheimnisvolle, aber leider nur zu durchsichtige Pläne freizumachen. Die Besorgnis um das Schicksal unseres Brudervolkes ist auf den Oberrand gestiegen.

Bergebliche Suche nach „M 2“

London, 28. Januar. Die Hoffnung, das verschollene Unterseeboot „M 2“ noch rechtzeitig bergen zu können, schwindet immer mehr und mehr. Die Nachforschungen sind während der ganzen Nacht mit größtem Eifer fortgesetzt worden, blieben aber ohne jeglichen Erfolg.

Schober wird nicht wieder Außenminister

Wien, 28. Januar. Aus der näheren Umgebung des Bundeskanzlers verlautet, daß Dr. Buresch damit rechnet, die neue Regierung noch heute zu bilden, und zwar als Minderheitskabinett. Er dürfte an die Großdeutschen nach ihrer gefügigen entschiedenen Erklärung, ohne Dr. Schöber nicht in die Regierung zu gehen, nicht noch einmal herantreten. Man glaubt, daß die Sozialdemokratische Partei bei ihrer wohlwollenden zuziehenden Haltung bleiben wird, solange die neue Regierung keine Verkleinerung nach rechts bringt. Besonderer Wert wurde auf die Festhaltung gelegt, daß mit der Neubildung der Regierung Buresch ohne Dr. Schöber keine Veränderung in der bisherigen außenpolitischen Richtung, vor allem gegenüber Deutschland, eintreten wird.

Scharfe Sprache Wiener Blätter

Wien, 28. Jan. Die den Großdeutschen nahestehenden „Wiener Neuesten Nachrichten“ schreiben zur Regierungskrise unter anderem, der Sinn des Rücktritts sei das Verschwinden Dr. Schöbers gewesen. Es handele sich nicht darum, ob Dr. Schöber ein Ministeramt bestimme oder nicht, sondern um die Integrität und die Pünktlichkeit der Zeit, daß sich ein österreichischer Regierungschef den

wirklichen oder vermeintlichen Wünschen der französischen Diplomatie widerstandslos füge.

well er hoffe, dafür einen Kredit zu erhalten, mit dem man wieder ein paar Wochen fortwärteln könne. Bundeskanzler Dr. Buresch müsse jetzt von Rechts wegen mit seiner Christlichsozialen Partei allein bleiben, in Wirklichkeit sogar nur mit den Abgeordneten dieser Partei, denn die Wähler wünschten ebenso wie neun Zehntel und mehr der österreichischen Bevölkerung die Vereinigung ihrer Heimat mit dem Deutschen Reich.

Die sozialdemokratische „Arbeiterzeitung“ sagt unter anderem: „Die Schwarzgelben wittern Morgenluft. Sei jetzt nicht der richtige Augenblick, Oesterreich und Ungarn durch eine Union zu vereinigen, damit so ein neues kleineres Oesterreich-Ungarn entstehe, bereit, im nächsten Augenblick Otto von Habsburg als Kaiser und König beizuführen?“

Schober gilt den Seipeliten als ein Hindernis solcher und ähnlicher Pläne.

Die „Deutschösterreichische Tageszeitung“, die häufig die Stimmung im nationalsozialistischen Lager wiedergibt, erklärt, Deutschösterreich habe von Seipel und seinem Kabinett Schwierigkeiten zu erwarten. Das Blatt schließt die Annahme einseitig als gänzlich unzulässig erwiesener christlichsozialer Parteipolitik, die sich unter Umwandlung des Volkes des Oesterreichs neuerlich aufräumen wollten, müsse zu offener Revolution führen. Reuwaren seien das einzige Ventil.

„Die Tribute sind ein moralisches Unrecht“

Ein Neutraler erhebt seine Stimme

Stockholm, 28. Jan. Professor Gustav Cassel erbringt am Donnerstag im „Svenska Dagbladet“ den Beweis dafür, daß Frankreich und seine Verbündeten das Recht verweigern, von Deutschland irgendwelche Tribute zu fordern. Cassel stellt zunächst den unrichtigen Zusammenhang zwischen Tributen, einseitiger Goldanhäufung, Preisfall und Zusammenbruch des Goldstandards mit der Weltwirtschaftskrise fest. Die Forderung Frankreichs, die deutsche Tributfrage und die amerikanische Schuldenfrage zusammenzufassen, seien unberechtigt. „Das durch, daß Frankreich die deutschen Tributzahlungen zur Voraussetzung der Zahlungen an Amerika macht, verletzt Frankreich die Vereinigten Staaten in die unangenehme Lage, die Reparationen einzulösen zu müssen, mit denen Amerika nichts zu tun haben will. Amerika hat hierbei zweifellos das Recht auf seiner Seite.“

Cassel legt dann auseinander, daß die Tributforderungen und die Unwilligkeit der Forderungsländer, die deutschseits notwendigen Ausfuhrüberschüsse auszumachen, Deutschland ungeheuren Schaden zugefügt hätten, so daß die Forderungsländer das Recht zum Empfang der Zahlungen verweigern hätten. Wenn die Gläubiger sich eines so großen Mißbrauchs ihrer Stellung schuldig machen, daß sie dem Schuldner nicht nur die Zahlung unmöglich machen, sondern ihm darüber hinaus unermesslichen Schaden zufügen,

so wird alles Verste über die Geltigkeit eingegangener Verpflichtungen nichtig. Formelles Recht wird dann vom materiellen Unrecht gebrochen, und es bleibt nichts

anderes übrig, als einen Strich durch die Paragraphen zu machen, die keine moralische Berechtigung haben.

In der letzten Lage ist es unmöglich, die Tributfrage anders zu lösen. Deutschland kann mit vollem Recht erklären, daß die Forderungsländer durch die Art ihres Vorgehens Deutschland so große Verluste zugefügt haben, daß weitere Zahlungen deutscherseits unmöglich sind und das Recht zu solchen Zahlungen verweigert ist.“

Frankreichs „Rüstungseinschränkung“

Paris, 28. Januar. In der „Revue Bleue“ behauptet sich der Abgeordnete Daladier mit der französischen Abrüstungsdelegation und der Behauptung, daß Frankreich bereits seine Rüstungen beträchtlich vermindert habe. Welche wesentlichen Rüstungsüberabergaben habe Frankreich denn eigentlich vorgenommen, fragt er. Im Jahre 1922 habe Poincaré in einem Memorandum an den Völkerverbund den damaligen Effektbedarf Frankreichs mit insgesamt 600 000 Mann angegeben. Mehr als 200 000 haben damals in den Kolonien, außerdem seien schätzungsweise 100 000 Mann zu zeitlich befristeten Missionen des französischen Heeres als Beschäftigte der Verträge in Konstantinopel, im Rheinlande, in Oberschlesien usw. notwendig gewesen. 1931 dürfte also ein Heer, das dem von 1922 entprochen würde, nach dem Memorandum des vergangenen Jahres die Stärke von 500 000 Mann nicht übersteigen. Am 1. September 1931 habe Frankreich dem Völkerverbund zur Kenntnis gebracht, daß die Gesamtstärke der französischen bewaffneten Macht unter dem normalen Nennwert der jetzt aktiven militärischen Belegschaft 600 000 Offiziere und Soldaten einschließlich der Mobilgarde umfasse. Das sei die „bedeutende Herabsetzung“, die Frankreich der ganzen Welt angeht habe!

Die Japaner landen Truppen in Schanghai

Alarm in der Fremdeniederlassung

Schanghai, 28. Januar. Wegen des hiesigen japanischen Konsulats wurde heute früh eine Bombe geworfen. Glücklicherweise wurde niemand verletzt und nur ganz geringer Materialschaden angemeldet. Aber die bei den Einwohnern herrschende Nervosität ist durch den Vorfall noch gesteigert worden. Wie verlautet, hat der Gemeinderat der internationalen Niederlassung beschlossen, den Befehl zur Räumung zu erklären.

Die internationalen Streitkräfte der ausländischen Konsulatsgebäude haben Stellungnahmen bezogen.

Der japanische Kreuzer „Fubuki“ und 12 japanische Zerstörer trafen bei Tagesanbruch hier ein und landeten 500 Seefoldaten. Es wird geglaubt, daß heute nachmittags weitere 500 Seefoldaten gelandet werden sollen, wodurch die japanischen Marinekräfte in Schanghai eine Stärke von ungefähr 3000 Mann erhalten würden, verglichen mit 2070 britischen, 1200 amerikanischen Seefoldaten und 1000 französischen Kolonialtruppen.

Das Personal des japanischen Konsulats in Hankin ist an Bord eines japanischen Kriegsschiffes gegangen.

Washington erwägt Boykott gegen Japan

Washington, 28. Januar. Wie verlautet, erwogen die hiesigen maßgebenden Stellen einen gemeinsamen amerikanischen-britischen Boykott gegen Japan als ersten Schritt, um Japan bei seinem Vorgehen in China Halt zu gebieten. Wie es heißt, will Simons ferner Japan ernst warnen und erklären, daß das Vorgehen Japans in Schanghai eine ernsthafte Bedrohung des Weltfriedens darstelle.

Eine japanische Zeitung gestürmt

Tokio, 28. Jan. Einer japanischen Zeitung aus Chardin zufolge stürmten gestern Abend etwa 20 chinesische Soldaten ein japanisches Zeitungsbüro im japanischen Viertel von Chardin und zerstörten die Maschinen. Wegen der Ermordung japanischer Staatsangehöriger in Chardin soll, wie verlautet, eine in Changhai stationierte japanische Truppenabteilung nach Chardin gelandt werden.

JANUAR
Zoo
Kenball